

Kurz gefasst

## ***Lebenskosten, Ungleichheit und Wirtschaftswachstum***

Der insbesondere durch den Ukraine-Krieg befeuerte Anstieg der (Energie-) Preise trifft die Bevölkerung in unterschiedlichem Masse. Während die allgemeine Inflation gemessen am schweizerischen Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) im Juli bei 3,4 Prozent lag, kann davon ausgegangen werden, dass die individuelle Inflationsrate für ärmere Haushalte weitaus höher ist.

Wohnkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 5 Prozent gestiegen, Dinge des täglichen Bedarfs um ca. 6 Prozent, und die Preise für Energieträger haben sich zum Teil mehr als verdoppelt. Diese und ähnliche Preisanstiege treffen ärmere Haushalte stärker als reichere, da die (gestiegenen) Ausgaben gemessen am Gesamteinkommen einen höheren Anteil ausmachen und der Konsum dieser Produkte kaum vermeidbar ist. Eine Konsequenz der gegenwärtigen Preisentwicklung ist also steigende Ungleichheit – eine Entwicklung, die sich wiederum negativ auf das zukünftige Wirtschaftswachstum auswirken kann.

Ökonomische Ungleichheit herrscht in allen Marktwirtschaften vor. Ein gewisser Grad an Ungleichheit ist dabei im Sinne von Leistungsanreizen sogar als förderlich anzusehen. Zu starke Ungleichheit kann allerdings dazu führen, dass wirtschaftliche Anreize verloren gehen. Leistungsanreize verlieren an Wirkung, wenn strukturelle Ungleichheit die Belohnung für Anstrengung immer ungewisser werden lässt. So können sich Teile der Gesellschaft abgehängt fühlen, und es kann zu einer Polarisierung der Gesellschaft kommen. Ausserdem kann tiefe Bildungsbeteiligung und der systematische Ausschluss von Talenten das gesamtwirtschaftliche Innovationspotenzial und damit langfristig die gesamtwirtschaftliche Produktivität und das Wirtschaftswachstum reduzieren.

Die meisten Wirtschaftsforscher:innen bewerten das gegenwärtige Ausmass an Ungleichheit in Ländern mit hohem Einkommen als problematisch. Auch internationale Organisationen wie die OECD oder der Internationale Währungsfonds sehen in einer wachsenden Ungleichheit eine Gefahr für langfristige Stabilität und wirtschaftliche Prosperität. Sie mahnen die Förderung von Bildung/Forschung und Chancengleichheit sowie wirtschaftspolitische Umverteilungsmassnahmen an.

Die Prämisse ist, dass das Leistungs- und Innovationspotenzial einer Gesellschaft am besten ausgeschöpft wird, wenn sich individuelle Talente optimal entwickeln können. Dabei sind soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft, gleiche Bildungschancen, aber auch wirtschaftliche Voraussetzungen im Sinne einer ökonomisch stabilen Situation ohne existenzielle finanzielle Gefährdungen – bereits im frühen Lebensalter – zentral. Diese Faktoren sind durch die gegenwärtigen Entwicklungen, die die wirtschaftliche Ungleichheit erhöhen, zunehmend gefährdet.



**Martin Geiger**

Ökonom am Liechtenstein-Institut